

## 20. Politische Verantwortung

### 1. Einführung

Der Begriff Verantwortung hatte eine ethisch und politisch motivierte Hochphase in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Die politische Praxis erschien vielen Menschen zunehmend als unverantwortlich angesichts einer drohenden atomaren Apokalypse, angesichts einer fortschreitenden Umweltzerstörung, angesichts der absehbaren Erschöpfung natürlicher Ressourcen, angesichts der Verelendung in der Dritten Welt. Der Fortschrittsoptimismus der 50er und 60er Jahre wurde konfrontiert mit den intendierten und nicht-intendierten Folgen eines Handelns, das ökonomische Sachzwänge geltend machte und doch nur den aktuellen, kaum reflektierten und kurzfristigen Interessen gehorchte. Das Prinzip Hoffnung, der sowohl links wie rechts im politischen Spektrum verbreitete Glaube, dass es eine innere Entwicklungsdynamik historischer Prozesse zum Besseren gäbe, wurde zunehmend ersetzt durch das Prinzip Verantwortung. Zwei philosophische Bestseller markieren diese Entwicklung: Ernst Blochs *Prinzip Hoffnung* (1959) und Hans Jonas' *Prinzip Verantwortung* (1979).

Verantwortung wahrnehmen heißt unter anderem die Folgen des eigenen Handelns für zukünftige Generationen berücksichtigen. Verantwortlicher Umgang mit neuen (und alten) Technologien verlangt daher nach Technikfolgenabschätzung. *Technology Assessment* entwickelte sich in den 80er und 90er Jahren zu einer eigenständigen sozialwissenschaftlichen Disziplin, deren Grenzen allerdings rasch deutlich wurden, da sich die Prognosen, welche sozialen und ökonomischen Folgen einzelne Technologien haben würden, als äußerst unzuverlässig erwiesen. Das gilt im Rückblick von über drei Dekaden auch für den ersten, viel diskutierten Bericht des Club of Rome: »Grenzen des Wachstums«. Als Reaktion auf diese Enttäuschung geriet die eben erst entstandene Disziplin des *Technology Assessment* unter einen Legitimationsdruck, dem sie in Gestalt einer weitgehenden Ethifizierung begegnete. Statt Prognosen wurden nun unterschiedliche Szenarien mit ihren jeweiligen empirischen und normativen Prämissen entwickelt, um je nach normativer Grundhaltung verschiedene politische, wirtschaftliche

und technologische Handlungsstrategien jeweils in sich kohärent zu machen. *Technology Assessment* versuchte sich nicht mehr in Prognosen, sondern differenzierte den Handlungsraum der Technologiepolitik. Besonders beeindruckend, aber in seiner Problematik auch besonders offenkundig, entwickelte sich der ethische Diskurs zur Gentechnik. Man kann hier durchaus von einer Art Ideologisierung der wertenden Stellungnahme sprechen, in Gestalt erstarrter, formelhaft vorgetragener Argumente. *Technology Assessment*, wenn man diese Bezeichnung in diesem Zusammenhang noch verwenden kann, verkam hier wenigstens teilweise zu einer Form der Ideologiepolitik.

Andererseits ist gegenwärtig eine Rückkehr zu den Orientierungen der 50er und 60er Jahre zu beobachten. Wachstum und technische Innovation werden zunehmend unkritisch befürwortet und man erhofft sich den humanen und sozialen Fortschritt als Nebenfolge einer wachstums- und innovationsorientierten Politik. Die erneute Beschäftigung mit dem Begriff der Verantwortung und seinen ethischen und politischen Implikationen scheint daher unzeitgemäß zu sein. Die modische Botschaft lautet aktuell, sich auf neue Risiken einzulassen, die neue Risikogesellschaft anzunehmen, alte Sicherheiten – einschließlich des überholten Modells des europäischen Sozialstaates mit seinem Versprechen, gegen existenzielle Risiken abzusichern – aufzugeben. Philosophische und politische Urteilskraft erweist sich jedoch an einer gewissen Widerständigkeit gegen den Zeitgeist. Ich habe zuzeiten nicht zu den Kassandren gehört, die den technischen Fortschritt als Urheber umfassender Humanitätsverluste sahen, und gehöre jetzt nicht zu den Euphorikern einer risikofreudigen Innovationskultur. Verantwortliches Handeln und Urteilen heißt Risiken wie Chancen zu berücksichtigen, als Teil eines gesellschaftlichen Ganzen, das keine festen Grenzen kennt.

Politische Verantwortung im weiteren Sinne umfasst die Verantwortung des *polites*, des Vollbürgers im Verständnis der griechischen Klassik, dessen Gegenmodell, der *idiotes*, der reine Privatmann, als eine defiziente Lebensform begriffen wurde. Politische Verantwortung im engeren Sinne ist die Verantwortung des Politikers in einem öffentlichen Amt, eventuell auch die Verantwortung eines kollektiven politischen Akteurs, einer Partei, eines Ministeriums, einer Regierung etc. Um den Begriff der *politischen* Verantwortung

zu klären, bedarf es zunächst einer Vorklärung des Begriffs der *Verantwortung* generell; man sollte ihn als Teil einer Trias – Rationalität, Freiheit, Verantwortung – verstehen.<sup>1</sup> Beide Konzeptionen, die der Rationalität und die der Freiheit, haben einen gemeinsamen Kern: Sie messen den Gründen – theoretischen hinsichtlich unserer Überzeugungen und praktischen hinsichtlich unserer Handlungen – die zentrale Rolle zu. Als Wesen, die von Gründen affiziert werden, die Gründe dafür anführen, von etwas überzeugt zu sein, und die Gründe dafür anführen, etwas zu tun, sind wir rational und frei. Unsere Rationalität ist Ausdruck der Fähigkeit Gründe abzuwägen, zu deliberieren, und unsere Freiheit äußert sich darin, dass wir je nach dem Ergebnis von Deliberationen Meinungen ausprägen und Entscheidungen treffen. Freiheit und Rationalität sind insofern nur zwei Aspekte einer besonderen menschlichen Eigenschaft, nämlich der, sich von Gründen affizieren zu lassen. Dies scheint mir das Spezifikum der humanistischen Denktradition zu sein: Menschen zuzutrauen und ihnen zuzumuten, dass sie sich von Gründen leiten lassen.

In der zeitgenössischen philosophischen Literatur hat der Begriff der Verantwortung im Kontext der wieder aufgeflamnten Freiheitsdebatte Konjunktur. Diejenigen, die meinen, dass Freiheit mit vollständiger naturalistischer Determination vereinbar wäre, also diejenigen, die sich in der Regel als »Kompatibilisten« bezeichnen, müssen gegen ihre Kritiker deutlich machen, dass diese Auffassung mit der Zuschreibung individueller Verantwortung vereinbar sei. Verantwortung wird hier von Freiheit im Sinne alternativer Möglichkeiten abgekoppelt und einer Autorschaft zugeordnet, für die eigene Wünsche erster und zweiter Ordnung ausschlaggebend sein sollen. Wir werden dagegen argumentieren, dass wir für genau das Verantwortung tragen, für welches wir Gründe haben, und damit wird deutlich, dass Rationalität, Freiheit und Verantwortung nur drei unterschiedliche Aspekte desselben Phänomens sind, nämlich der spezifischen menschlichen Eigenschaft, sich von Gründen lei-

1 Dabei handelt es sich um eine Trias, die ihre Einheit über die Rolle der Gründe für unsere menschliche Existenz gewinnt. Diese These werde ich in einer separaten Schrift demnächst ausführlicher darlegen. Diese Schrift schließt dann eine Art kleine Trilogie ab. Der erste Teil dieser Trilogie entwickelte die rationalitätstheoretischen Grundlagen – *Strukturelle Rationalität*, Stuttgart 2001 – und der zweite diskutierte ein humanistisches, nicht-naturalistisches Konzept menschlicher Freiheit – *Über menschliche Freiheit*, Stuttgart 2005.

ten zu lassen. Rationalität äußert sich in einer Lebensform, die die Vielfalt der Gründe in kohärenter Weise integriert. Sofern wir uns von Gründen leiten lassen, ist unser Handeln und Urteilen nicht lediglich das Ergebnis kausaler, naturwissenschaftlich beschreibbarer Prozesse. Und schließlich *verantworten* wir unser Urteilen und unser Handeln gegenüber anderen, indem wir unser Urteilen und Handeln begründen. Andere halten uns für unser Handeln und Urteilen in den Grenzen für verantwortlich, die durch das Wirken der Gründe gezogen sind. Dort wo Gründe keine Rolle mehr spielen, dort wo natürliche Tatsachen und Gesetze unser Verhalten bestimmen, gelten wir nicht mehr als verantwortlich. Die Grenze zwischen diesen beiden Bereichen ist allerdings nicht scharf, sie ist fließend und daher sind die Kriterien der Rationalität und der Freiheit gradualistisch.

Für was sind wir verantwortlich? Jedenfalls sind wir für unsere Handlungen verantwortlich. Wir sind für *alle* unsere Handlungen verantwortlich. Wenn etwas als Handlung einer Person gilt, ist diese Person dafür verantwortlich. *Handlung* und *Verantwortung* sind zwei eng miteinander verknüpfte Begriffe. Keine Handlung ohne Verantwortung und keine Verantwortung für ein Verhalten, wenn dieses keinen Handlungscharakter hat.

Eine so enge Verknüpfung von Verantwortung und Handlung scheint kontraintuitive Konsequenzen zu haben. Wenn wir für ein Verhalten nicht verantwortlich sind, dann hätte es demnach keinen Handlungscharakter. Ich bleibe jedoch dabei: Wir schreiben einer Person genau dann ein Verhalten als eine ihrer Handlungen zu, wenn wir sie verantwortlich machen für das, was sie tut. Diese simultane Zuschreibung von Verantwortung und Handlung setzt allerdings ein gradualistisches Verständnis voraus: Es gibt Grade der Verantwortlichkeit, die mit dem jeweiligen Grad des Handlungscharakters einhergehen. Ein Jugendlicher wird nicht oder nur eingeschränkt juristisch zur Rechenschaft gezogen. Er ist im juristischen Sinne nicht oder nur eingeschränkt verantwortlich. Dies beruht auf der Annahme, dass das Verhalten eines Jugendlichen noch nicht in der gleichen Weise durch die Abwägung von Gründen strukturiert ist wie das eines Erwachsenen. Diese Strukturierung macht jedoch den Handlungscharakter aus. Die zuschreibbaren Handlungen sind punktueller, sie stehen noch nicht gleichermaßen im größeren Kontext wohlabgewogener Entscheidungen.

## II. Folgenverantwortung

Wenn wir handeln, dann haben wir auch die Folgen unseres Handelns im Blick. Die dominierende Theorie der Rationalität besagt, dass wir ausschließlich die Folgen einer Handlung heranziehen sollten, um den Wert einer Handlung zu bestimmen, um festzustellen, ob diese Handlung besser ist als alle anderen möglichen Handlungen. Max Weber hat zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik unterschieden und prägt mit dieser suggestiven Gegenüberstellung bis heute die politische Rhetorik. Tatsächlich führt diese Entgegensetzung von Gesinnung und Verantwortung – die, wenn man genauer hinschaut, bei Max Weber keineswegs für die Entgegensetzung von Verantwortungslosigkeit gegenüber moralischem Relativismus steht – in die Irre. Eine reine Folgenorientierung des Handelns, auch des politischen Handelns, würde die Grundlagen aller Moral untergraben, ja in letzter Instanz sogar Verständigung unmöglich machen. Bevor wir auf diese weitergehende Problematik eingehen, ist jedoch zunächst zu klären, inwiefern wir überhaupt Verantwortung für Folgen tragen.

Es ist eine auf den ersten Blick plausibel erscheinende Auffassung, dass Handlungsverantwortung Folgenverantwortung impliziere. Wenn wir für eine Handlung verantwortlich sind, dann auch für alle ihre Folgen. Verantwortungsethiker werden hinzufügen, das mache doch gerade Handlungsverantwortung aus. Handlungsverantwortung äußere sich in der Bereitschaft, auch für die Folgen des eigenen Handelns die Verantwortung zu übernehmen. Diese so plausibel erscheinende Auffassung ist falsch. Um dies einzusehen, müssen wir einen kurzen Ausflug in die Entscheidungstheorie unternehmen: Danach ist die Entscheidung für eine Handlung eine Entscheidung für eine bestimmte *Wahrscheinlichkeitsverteilung* über ihre möglichen Folgen. Ich wirke handelnd auf die Welt dadurch ein, dass meine Handlung andere Ereignisse als möglich, wahrscheinlich oder sicher erwarten lässt, als eine andere Handlung, die ich ebenfalls hätte wählen können. Dies gilt unabhängig davon, ob mir diese Veränderungen der Wahrscheinlichkeiten bewusst oder auch nur zugänglich sind. Handlungen können mit der Wahrscheinlichkeitsverteilung ihrer Konsequenzen identifiziert werden.

Ich trage also insofern Verantwortung auch für meine Folgen, als ich mit jeder Handlung, für die ich mich entscheide, auch die

Wahrscheinlichkeitsverteilung über Handlungsfolgen akzeptiere. Man könnte auch sagen, ich trage für die möglichen Folgen meiner Handlung, gewichtet mit ihren jeweiligen Wahrscheinlichkeiten, eine Verantwortung. Diese Redeweise kann aber Verwirrung stiften. Deswegen sollten wir dabei bleiben, dass ich für Handlungen verantwortlich bin, und insofern ich für Handlungen verantwortlich bin, auch für die Wahrscheinlichkeitsverteilung über Handlungsfolgen, die diese Handlung verursacht.<sup>2</sup> Die Verantwortung für Folgen ist insofern in der Verantwortung für Handlungen und in der Verantwortung für die mit der betroffenen Handlung verbundene Wahrscheinlichkeitsverteilung über Folgen eingeschlossen. Darüber hinaus gibt es keine eigenständige Folgenverantwortung.

Da wir anderen Menschen immer Gutes antun dürfen, ist für die moralische Bewertung der Schaden, den wir mit unserer Handlung möglicherweise anderen zufügen, relevanter als der Nutzen. Hier in der symmetrischen Behandlung von Chancen und Risiken liegt einer der Irrtümer der üblichen konsequentialistischen Beurteilung, wie sie das *Technology Assessment* bis heute überwiegend prägt. Niemand darf jedoch jemand anderem gegen seinen Willen einen Schaden zufügen. Andere Personen haben gewissermaßen ein Vetorecht dagegen, dass ihnen Schaden zugefügt wird. Sie haben dieses Vetorecht auch dann, wenn dieser Schaden eine mögliche Folge einer Handlung ist, die mit größerer Wahrscheinlichkeit Nutzen in größerer Höhe für die betreffende Person bedeutet (präziser: auch dann, wenn der Erwartungswert der Handlung hinsichtlich des möglichen Nutzens und des möglichen Schadens für die betreffende Person positiv ist).

Diese Asymmetrie ist Ausdruck eines *autonomistischen Ethos*, das tief in unserer alltäglichen moralischen Praxis verankert ist. Ich vermute, dass dieses autonomistische Ethos sich mit der Moderne, dem europäischen Humanismus und der französischen Aufklärung vertieft und weitere Bereiche unserer moralischen Praxis imprägniert hat. Ich glaube aber nicht, dass dieses autonomistische Element der Alltagspraxis erst mit der Moderne oder gar mit Immanuel Kant entstanden ist. Wir können seine Spuren jedenfalls bis in die griechische Klassik zurückverfolgen. Dem autonomistischen

2 Ob man hier von »verursachen« sprechen kann, ist in der Wissenschafts- und Wahrscheinlichkeitstheorie umstritten. Für mich spricht vieles für einen probabilistischen Kausalitätsbegriff, der diese Redeweise legitimiert.

Ethos steht ein paternalistisches gegenüber. Demnach darf ich für andere Personen all das tun, von dem ich – mit guten Gründen – annehmen kann, dass es zu ihrem Wohl ist. Eltern dürfen sich so gegenüber ihren Kindern verhalten, selbstverantwortliche Personen jedoch dürfen sich so nicht gegenüber anderen selbstverantwortlichen Personen verhalten. Die wechselseitige Verantwortungszuschreibung hat Grenzen, die durch die Eigenverantwortung (Verantwortung für das eigene Handeln und Leben) gezogen sind. Eltern haben eine Verantwortung für ihre Kinder, die – noch – grenzenlos ist, denn kleine Kinder können für sich selbst noch keine Verantwortung übernehmen. Dieses paternalistische Verantwortungsverhältnis zwischen Eltern und Kindern ist auf erwachsene Personen auch dann, wenn sie einen ungleichen Status haben und in einem Weisungsverhältnis zueinander stehen, nicht übertragbar.

Die Eigenverantwortung anderer ernst nehmen heißt, nicht an ihrer Stelle zu entscheiden. Jeder entscheidet, soweit es ihm möglich ist, für sich selbst. Niemand sollte Entscheidungen treffen, die den Entscheidungsspielraum anderer einschränken. Ich darf nur solche Entscheidungen treffen, die mit der gleichen Freiheit aller, das heißt damit vereinbar sind, dass alle gleichermaßen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Diese normative Grundlage der modernen Gesellschaft verlangt nach einer deontologischen Ethik. Eine deontologische unterscheidet sich von der teleologischen (oder konsequentialistischen) Ethik darin, dass sie als Kriterium richtiger Entscheidungen Prinzipien anerkennt, die auch dann eingehalten werden müssen, wenn die zu erwartenden Folgen nicht optimal sind. Die gleiche Freiheit jedes selbstverantwortlichen Individuums erlegt uns Pflichten auf, die den Spielraum für Folgenoptimierung beschränken. Die wechselseitige Anerkennung als verantwortlich Handelnde, der Respekt vor der Autonomie, der verantworteten Selbstbestimmung unserer Mitmenschen beschränkt unsere legitimen Handlungsoptionen auch dann, wenn unsere Motive nicht egoistischer, sondern altruistischer Art sind.

Der Verantwortungsethiker oder Konsequentialist, der hier antwortet: »Sicherlich, wir sollten als verantwortlich Handelnde alle Folgen berücksichtigen, natürlich auch diejenigen, die die Autonomie, die verantwortete Selbstbestimmung anderer beschädigen könnten«, hat das Argument nicht verstanden. Der Respekt vor der Selbstbestimmung anderer verlangt, dass ich auch dann von

einer Handlung absehe, wenn ich mit guten Gründen annehmen kann, dass sie bei umfassender Folgenabwägung optimal ist. Auch dann, wenn die Entscheidung einer Person objektiv für sie schädlich ist, habe ich diese zu respektieren. Auch dann, wenn ich annehme, dass ich angesichts meiner besseren Kenntnis der Materie die richtigere Entscheidung treffen würde, sollte ich im Einzelfall davon absehen, da jeder für sich selbst seine Entscheidung treffen können muss. Natürlich ist es jedem unbenommen, auf dieses individuelle Entscheidungsrecht zu verzichten und die Entscheidungen an andere zu delegieren, z. B. an solche, die er für kompetenter hält. Es ist in weiten Grenzen möglich, dass eigenverantwortliche Personen auf ihre Individualrechte verzichten. Es ist eine schwierige normative Frage, wie weit diese Grenzen gezogen sind. So sind im deutschen Zivilrecht Verträge ungültig, wenn sie unsittlich sind; auch dann, wenn die Vertragsschließenden volle Kenntnis vom Vertragsinhalt hatten und die intellektuellen und charakterlichen Voraussetzungen erfüllten, eine verantwortliche Entscheidung zu treffen. Hier schränkt das Recht die Autonomie des Einzelnen ein. Eine letzte Grenze freier Verfügbarkeit über Individualrechte wird allgemein anerkannt: Diese liegt in der Preisgabe des eigenen Status als autonomer Akteur. Niemand darf sich z. B. als Sklave an eine andere Person verkaufen. Damit sind bewusst eingegangene private Abhängigkeitsverhältnisse nicht ausgeschlossen. Diese haben ja das Charakteristikum, dass die Beteiligten jederzeit die Freiheit haben, dieses Verhältnis zu beenden.

Respekt vor Autonomie führt ein deontologisches Element in die Handlungsverantwortung ein; Kooperation ein weiteres. Kooperatives Handeln ist nur möglich, wenn die an der Kooperation Beteiligten darauf verzichten, diejenige Strategie zu wählen, die ihre eigenen Ziele (das müssen nicht einmal eigene Interessen sein) optimiert.<sup>3</sup> In einer Kooperationssituation trägt jeder Beteiligte eine Verantwortung für das Gelingen der Kooperation. Diese Verantwortung wird dadurch wahrgenommen, dass jeder seinen Teil einer gemeinsamen Praxis leistet, durch die das Kooperationsziel erreicht wird. Diese besondere Verantwortung, zum Gelingen kooperativer Praxis beizutragen, erfordert paradoxerweise, dass die einzelne Person je individuell auf Folgenoptimierung verzichtet. In der

3 Vgl. Julian Nida-Rümelin, *Strukturelle Rationalität*, Kap. V »Kooperation«.



kooperativen Praxis steht ein Konsens über die gemeinsam zu erreichenden Ziele am Anfang. Die unterschiedlichen Handlungsoptionen sind jeweils durch kollektive Handlungen, das heißt durch eine Kombination je individueller Handlungen bestimmt. Sofern es diesen Konsens gibt – er kann durch wechselseitige Abstimmung gestiftet oder im Vertrauen auf gemeinsame Rationalitätsstandards angenommen werden –, beschränkt sich die je individuelle Verantwortung darauf, seinen Teil zum Gelingen der kooperativen Praxis beizutragen. Die kooperative Praxis misslingt, wenn die Individuen für sich folgenoptimierend handeln. Folgenoptimierend ist allenfalls die kollektive Handlung angesichts der gegebenen alternativen *kollektiven* Handlungen, aber selbst das ist nicht zwingend.

### III. Kooperative Verantwortung

Kooperative Praxis kann nur gelingen, wenn die beteiligten Individuen ihren egozentrischen Standpunkt überwinden. Sie müssen ihr eigenes Handeln als konstitutiven Teil einer kollektiven, kooperativen Praxis ansehen. Die leitenden Intentionen sind dann auf das Gelingen dieser kooperativen Praxis gerichtet und nicht auf die Folgen des eigenen Handelns. Dies ist im letzten Abschnitt deutlich geworden. Nun werfen wir einen genaueren Blick auf die Verantwortung, die mit kooperativer Praxis verbunden ist.

Kooperative Praxis lässt sich begrifflich nicht angemessen erfassen, wenn man einem radikalen Individualismus verhaftet bleibt. Dies erklärt das Unvermögen der rationalen Entscheidungstheorie einschließlich ihres spieltheoretischen Zweiges, kooperative Praxis angemessen zu beschreiben und überzeugende Kriterien dafür zu entwickeln. Die Umwege über Iteration verbergen nur notdürftig die Ratlosigkeit der Entscheidungstheorie. Die individuelle und punktuelle Folgenoptimierung ist als individualistisches Fundamentalprinzip der rationalen Entscheidungstheorie nicht in der Lage, das Phänomen rationaler Kooperation zu erfassen. Kooperative Praxis ist gerade dadurch charakterisiert, dass sie von den beteiligten Individuen verlangt, eben nicht individuell folgenoptimierend zu agieren. Dies wirkt zurück auf die Kriterien individueller Verantwortung in kooperativer Praxis. Nehmen wir das Extrembeispiel einer kollektiven kooperativen Handlung, für deren

Gelingen mein Beitrag irrelevant war. Es scheint, dass ich dennoch für diese kollektive Handlung eine Mitverantwortung trage. Man kann sich sogar den Fall konstruieren, dass eine kollektive Handlung vollzogen wird, ohne dass auch nur der Beitrag einer einzigen der beteiligten Personen für das Ergebnis relevant ist. Ein radikaler Individualismus, der die individuelle Handlungsverantwortung an die kausalen Wirkungen der individuellen Handlung bindet, käme so zu dem paradoxen Ergebnis, dass niemand, der an der kollektiven Handlung Beteiligten, für diese eine Verantwortung trüge. Die Handlung käme gewissermaßen verantwortungsfrei zustande.

Die gemeinsame Wahl einer Partei ist ein Beispiel. Zumindest bei nationalen Wahlen ist die individuelle Beteiligung für das Ergebnis jeweils irrelevant. Die eine Stimme mehr oder weniger kann schon deswegen unter keinen Umständen ausschlaggebend sein, weil dies unterhalb der Messgenauigkeit liegt, die auf einem gewissen Maß an Auszählungsfehlern und interpretationsfähig ausgefüllten Wahlzetteln beruht. Im Falle der US-amerikanischen Wahl Bush/Gore war sogar eine Differenz von einigen tausend Stimmen nicht groß genug, um ein eindeutiges Wahlergebnis zu erhalten. Letztlich musste ein Gericht das Wahlergebnis dekretieren und weitere Auszählungen untersagen, die möglicherweise jedes Mal zu anderen Ergebnissen geführt hätten. Bei nationalen Wahlen ist die je singuläre Stimmabgabe für das Ergebnis definitiv irrelevant (es ist gar nicht erforderlich, hier mit den entsprechend niedrigen Wahrscheinlichkeiten zu rechnen, wie in der Debatte um das so genannte Wählerparadoxon). Jeder Bürger kann davon ausgehen, dass das Ergebnis einer Wahl exakt das gleiche ist, unabhängig davon, ob er jetzt seine Stimme abgibt oder nicht. Ist es deswegen irrational einem Wähler der Partei A eine Mitverantwortung zuzuschreiben, wenn das Programm dieser Partei nach erfolgreicher Wahl umgesetzt wird? Ist es schon deswegen irrational, weil meine Wahl nachweislich keinen kausalen Effekt auf das Wahlergebnis und damit die Möglichkeit das Programm der betreffenden Partei umzusetzen, hatte? Meine Antwort ist eindeutig »nein«. Eine Person, die sich an einer kooperativen Handlung beteiligt, ist für deren Vollzug (auch wenn er dann erfolgreich ist) mitverantwortlich. Die einfachste Form, diese Mitverantwortung zu quantifizieren, wäre die Verantwortung durch die Anzahl der an der Kooperation in symmetrischer Weise Beteiligten zu teilen. Wenn die Beteiligung asymmetrisch ist, das

heißt, wenn Einzelne für den Vollzug der kollektiven Handlung eine größere Rolle spielen als andere, dann wäre die Verantwortung entsprechend individuell zu gewichten.

Kooperative Verantwortung beruht auf den spezifischen Gründen, die ich für meine Beteiligung an einer kooperativen Praxis habe. Diese Gründe beziehen sich nicht auf die Wirkungen einer eigenen Handlung, sondern auf die Gründe, die für die kollektive (kooperative) Handlung sprechen. Die Gründe, die für die kollektive Handlung sprechen, übertragen sich dann auf Gründe für meine individuelle Handlung, weil diese Teil der betreffenden kooperativen Praxis ist. Hier kommt wieder das Konzept struktureller Rationalität ins Spiel. Wenn es gute Gründe für eine strukturelle Handlung gibt, dann sind dies zugleich auch gute Gründe für diejenigen punktuellen Handlungen, aus denen sich die strukturelle Handlung zusammensetzt. Die punktuelle Handlung ist nur begründbar, weil die strukturelle begründbar ist. Die Begründung der strukturellen überträgt sich auf die punktuelle. Dies gilt im intrapersonellen Fall in gleicher Weise wie für den interpersonellen. Es ist für diese Beziehung zwischen punktueller Handlung und struktureller Handlung nicht wesentlich, ob der Akteur der gleiche bleibt oder nicht. Im intrapersonellen Fall geht es um die Beziehung meiner punktuellen Handlungen zu den Strukturen der von mir praktizierten Handlungsweisen und im interpersonellen Fall um das Verhältnis der je individuellen Handlungsbeiträge zu einer kollektiven Praxis. Ohne Einbettung in den strukturellen Kontext hängt die punktuelle Handlung jeweils »in der Luft«, sie ist ohne diese Einbettung nicht begründbar und für Beobachter unverständlich. Die Einbettung erfolgt jedoch nicht kausal, sondern durch die passenden Intentionen. Es muss die leitende Absicht des Akteurs sein, die punktuelle Handlung so zu wählen, dass sie Teil der strukturellen ist. Der Akteur kann dann diese punktuelle Handlung begründen, indem er die strukturelle Handlung begründet. Ich gebe meine Stimme für diese Partei ab in der Erwartung, dass auch andere Anhänger dieser Partei ihre Stimme für diese Partei abgeben, und beteilige mich damit an einer kollektiven Handlung, die durch ihre je individuellen Akte der Stimmabgabe (für diese Partei) vollzogen wird. Ich trage Verantwortung für diese Stimmabgabe, weil ich mich an dieser kollektiven Handlung beteilige, und die Gründe, die ich für meine Stimmabgabe nenne, sind diejenigen, die für diese

kollektive Handlung sprechen. Der Einwand, dass meine individuelle Stimmabgabe kausal irrelevant sei, übersieht, dass ich diese Handlung als Teil einer kollektiven Praxis vollziehe und nicht im Hinblick auf ihre je punktuellen Wirkungen.

*Kooperative Verantwortung* ist eine Form individueller Handlungsverantwortung. Kooperative Verantwortung tragen Individuen für ihre Handlungen. Diese Verantwortung verlangt, dass die an der Kooperation Beteiligten ihre Handlungen dadurch begründen, dass sie die von ihnen befürwortete kollektive Handlung zu der sie mit ihrer kooperativen Handlung beigetragen haben, rechtfertigen. Die Begründung einer individuellen kooperativen Handlung erfolgt in Gestalt der Begründung der kollektiven kooperativen Handlung. Kooperative Verantwortung bleibt jedoch individuelle Verantwortung, auch wenn die Gründe sich auf kollektive Handlungen beziehen. Unter einer *kollektiven Handlung* verstehen wir hier lediglich eine Kombination von individuellen Handlungen, die von gemeinsamen kooperativen Absichten zusammengehalten wird.<sup>4</sup> Wenn man hier über die individuelle kooperative Verantwortung hinaus auch von einer kollektiven Verantwortung sprechen will, dann lediglich in dem Sinne, dass die Verantwortung für die kooperative Praxis bei dem Kollektiv der an der Kooperation Beteiligten liegt. Es ist dieses durch die kooperative Praxis konstituierte Kollektiv, das die Verantwortung in toto trägt. Eine solche kollektive Verantwortung darf aber nicht zu einer kollektivistischen Metaphysik verführen, wonach Kollektiven mentale Eigenschaften und moralische Qualitäten zugeschrieben werden. Im strengen Sinne sind nur Individuen Akteure, nur Individuen handeln, nur Individuen verfügen über die handlungskonstitutiven Intentionen. Die Rede von kollektiven Handlungen oder kollektiver Verantwortung ist insofern immer figurativ.

Wie immer die konkreten Motivationshintergründe für Kooperationen sind, sie sperren sich gegen eine Rekonstruktion in den Begriffen je individueller und punktueller ökonomischer Optimie-

4 Sehr detailliert hat sich Raimo Tuomela mit der Rolle von *we-intentions* für kooperatives Handeln auseinandergesetzt. Vgl. dazu Raimo Tuomela/Karl Miller, »We-Intentions«, in: *Philosophical Studies* (53), 1988, S. 367–389; ebenso: Raimo Tuomela, *Philosophy of Social Practices: A Collective Acceptance View*, Cambridge/Mass. 2002.

rung.<sup>5</sup> Die einzelnen Akteure sind motiviert, dieses zu tun oder jenes zu unterlassen, weil sie ihr Handeln als Teil einer kollektiven Handlung ansehen, deren Erfolg davon abhängt, dass sich hinreichend viele im Rahmen ihrer Möglichkeiten daran beteiligen. Es mag sein, dass jeder einzelne Handlungsbeitrag für den Erfolg letztlich irrelevant ist, wie wir es oben eingehend diskutiert haben; dies ändert nichts daran, dass so verstandene Kooperation ohne jede Einschränkung rational sein kann. Handeln in politischen Kollektiven, seien es Parteien, Verbände, Ministerien, Fraktionen oder Regierungen, lässt sich als kooperatives Handeln begreifen. Politische Kollektive haben Erfolg, sofern ihre Mitglieder zu kooperativem Handeln bereit sind, kooperativ motiviert sind. Die tiefer gehenden Motivationshintergründe von Kooperationsbereitschaft sind unterschiedlich, ändern aber nichts an diesem Befund. Das »Agieren« von politischen Kollektiven verdankt sich dem je individuell kooperativen Handeln ihrer Mitglieder. *Korporative Verantwortung* im Sinne der Verantwortung von politischen Kollektiven für ihre »Entscheidungen«<sup>6</sup> gibt es nicht. Wenn das »Handeln« von politischen Kollektiven sich als kooperatives Handeln verstehen lässt, dann sollte korporative »Verantwortung« sich in der Terminologie der kooperativen Verantwortung rekonstruieren lassen. Was kooperative Verantwortung ist, haben wir oben zu klären versucht. Es ist jedenfalls eine individuelle Verantwortung, eine Verantwortung, die individuelle Akteure tragen, die eine kooperative Handlungsmotivation haben.

Wenn wir annehmen können, dass politische Kollektive durch die je individuelle Bereitschaft ihrer Mitglieder zur Kooperation

5 Für eine ausführlichere Darstellung vgl. Julian Nida-Rümelin, »Ökonomische Optimierung in den Grenzen struktureller Rationalität«, in: *Ethische Essays*, Frankfurt/M. 2002, S. 159–173.

6 Ich setze Begriffe, die für Personen, für individuelle Akteure gebräuchlich sind, sofern sie auf politische Kollektive angewendet werden, in Anführungszeichen, um damit vor einer leichtfertigen Übertragung zu warnen. Politische Kollektive sind im üblichen Sinne keine Akteure, sie handeln oder entscheiden nicht, sie haben keine Gefühle und kein Gewissen. Im Hinblick auf politische Kollektive ist es unangemessen, von einer moralischen Einstellung zu sprechen. Politische Kollektive haben keine Gründe, etwas zu glauben oder etwas zu tun, sie haben keine mentalen Eigenschaften und sind daher keine verantwortlichen Akteure. Dies ist jedenfalls unsere These und wir müssen aufpassen, dass wir sie nicht schon durch eine leichtfertige Wortwahl desavouieren.

zusammengehalten und damit erst »handlungsfähig« werden, dann verteilt sich die Verantwortung entsprechend der obigen Analyse kooperativer Verantwortung auf die an der Kooperation Beteiligten, das heißt im Extremfall auf alle Mitglieder des politischen Kollektivs. So wie jede einzelne Person, die an einer Kooperation beteiligt war, im Erfolgsfalle dafür auch eine individuelle Verantwortung trägt, so tragen die Mitglieder eines politischen Kollektivs gegebenenfalls eine je individuelle Verantwortung für eine kollektive »Entscheidung«. Wir übersetzen *kollektive* Verantwortung in *kooperative* Verantwortung und machen damit die Rede von kollektiven Akteuren, Entscheidungen und Verantwortungen überflüssig, weil diese in je individuelle (kooperative) Entscheidungen, Handlungen und Verantwortungen überführt wird.<sup>7</sup> Die Mystifikationen verschwinden.

#### IV. Politische Verantwortung

Es bedürfte noch einiger Abgrenzungen und Differenzierungen, um diese begriffliche Analyse des Verantwortungsbegriffs gegen Missverständnisse und Einwände abzusichern. Hier soll stattdessen die Anwendung auf den *politischen* Verantwortungsbegriff im Mittelpunkt stehen. Erst in der Anwendung erweist sich, ob die philosophisch-abstrakten Überlegungen tragfähig sind. In einer noch vagen Redeweise scheint es auf der Hand zu liegen, dass die große Zahl von NSDAP-Wählern Anfang der 30er Jahre verantwortlich, jedenfalls mitverantwortlich war für die »Machtergreifung« Hitlers und für die dann folgenden Gräueltaten des NS-Regimes, insbesondere die Verfolgung und schließlich der Völkermord an den Juden. Man könnte diese Verantwortungszuschreibung dadurch substantiieren, dass man auf den kausalen Zusammenhang hinweist, zwischen den hohen, wenn auch nie die absolute Mehrheit erreichenden Wahlergebnissen der NSDAP in den Reichstagswahlen Anfang der 30er Jahre einerseits und der dann fast ohne Gegenwehr erfolgenden »Machtergreifung« Hitlers 1933 andererseits.<sup>8</sup> Ein solcher kausaler

7 Inwiefern man einem Kollektiv wie z. B. einem Ministerium dennoch Verantwortung zuschreiben kann – allerdings in einem rein figurativen Sinne –, siehe oben.

8 Zu den Wahlen in der Weimarer Republik vgl. Jürgen Falter, »Die Wählerpotentiale politischer Teilkulturen 1920-1933«, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.),

Zusammenhang besteht zweifellos: Weit niedrigere Wahlergebnisse für die NSDAP hätten zumindest diese Form der »Machtergreifung« ausgeschlossen und niedrige Wahlergebnisse hätten wohl lediglich zu einer Wiederholung der Erfahrung des Hitler-Putsches in den 20er Jahren geführt. Das Bestehen dieses kausalen Zusammenhangs allein reicht jedoch für die betreffende Verantwortungszuschreibung noch nicht aus. Den Akteuren, hier also der Wählerschaft der NSDAP Anfang der 30er Jahre, muss zudem die Zielsetzung der NS-Bewegung präsent gewesen sein und – im konkreten Beispiel der Judenverfolgung – es muss den Intentionen der NS-Wählerschaft zu einem großen Teil entsprochen haben, dass eine NS-Regierung zu inhumanen, menschenverachtenden Maßnahmen gegen Juden greifen würde. Möglicherweise kann die Verantwortungszuschreibung für das Gros der NS-Wählerschaft Anfang der 30er Jahre nicht auf den Völkermord an den Juden ausgeweitet werden, da diese Zielsetzung der Programmatik der NSDAP nicht explizit zu entnehmen war, wenn sie auch in der viel gelesenen Programmschrift Hitlers *Mein Kampf* recht deutlich enthalten ist. Jedenfalls scheint die Geheimhaltung, die die NS-Führung für notwendig hielt, als sie in den Kriegsjahren ab 1941 den systematischen Völkermord an den Juden einleitete, dafür zu sprechen, dass zumindest die NS-Führung nicht sicher war, ob ihre Anhänger ihr auch auf diesem Weg folgen würden. Ein Kausal-Nexus reicht also für die Verantwortungszuschreibung nicht aus. Es müssen die geeigneten *epistemischen* Bedingungen hinzutreten. Die in juristischen Auseinandersetzungen gern gebrauchte Formulierung, »der Delinquent hätte wissen müssen«, macht dabei deutlich, dass es nicht zwingend um die *reale* epistemische Situation desjenigen geht, dem Verantwortung zugeschrieben wird, sondern dass die Verantwortungszuschreibung sich auch auf diejenigen Sachverhalte bezieht, die bei hinreichendem Bemühen um Aufklärung bei den gegebenen Verstandeskraften des Betroffenen leicht zugänglich gewesen wären. Diese juristische Redeweise ist übrigens schon ein Hinweis darauf, dass sich der Verantwortungsbegriff nicht auf die praktische, also die Handlungsdimension beschränken lässt, sondern die theoretische, die Urteilsbildung mit einbezieht. Die politische Verantwortung umfasst hier beides: eine Verantwortung im Sinne der kausalen Beziehungen zwischen

*Politische Identität und Nationale Gedenktage. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1989, S. 288.

Entscheidung und Ereignis, sowie die Zuschreibbarkeit rationaler Erwartungen – faktisch und kontrafaktisch.

Bisher haben wir hier allerdings die politische Verantwortung eher vage der *NS-Wählerschaft* Anfang der 30er Jahre zugeschrieben. Der Wählerschaft als solcher eine politische Verantwortung zuzuschreiben, könnte so gelesen werden, dass jedem einzelnen Mitglied dieser Wählerschaft die gleiche Verantwortung zugeschrieben wird. Diese in der Kommentierung von Wahlen üblichen Interpretationen beruhen jedoch in der Regel auf unzulässigen Invarianz- und Kohäsionsannahmen. Die Wählerschaft als solche ist lediglich die Menge derjenigen Personen, die zu einem bestimmten Datum die NSDAP gewählt haben. Darüber hinaus gibt es zwischen den Mitgliedern wenig Gemeinsamkeiten und viele Unterschiede. Diese Wählerschaft tritt auch sonst nicht *als Akteur* in Erscheinung, die Mitglieder dieser Menge stimmen sich in ihrem Handeln nicht ab, sie werden nicht durch gemeinsam akzeptierte Regeln kollektiver Entscheidungsfindung zu einem kollektiven Akteur zusammengebunden. Die Rede von der Verantwortung der NS-Wählerschaft sollte daher als Kurzform für die These gelesen werden, dass jeder Einzelne dieser Wähler eine gewisse politische Verantwortung für die dann folgende NS-Herrschaft trage. Diese individualistische Interpretation aber konfrontiert uns sofort mit der oben dargestellten Paradoxie: Es ist ausgeschlossen, dass der individuelle Wahlakt eines Bürgers oder einer Bürgerin eine kausale Rolle für die weiteren politischen Geschehnisse spielte. Man könnte dies auch so formulieren; der individuelle Wahlakt liegt unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des politischen Systems. Wenn es keinen kausalen Nexus zwischen dem individuellen Wahlakt und den weiteren politischen Geschehnissen gibt, dann aber ließe sich je individuell keine Verantwortung zuschreiben und wir hätten entweder das Resultat, dass es eine kollektive, nämlich die gesamte Wählerschaft betreffende Verantwortung gibt, aber keine je individuelle, oder aber, dass es gar keine politische Verantwortung, weder eine individuelle noch eine kollektive, die gesamte NS-Wählerschaft betreffende gibt, weil Letztere durch die Summe der Ersteren konstituiert sei.

Der Weg aus dieser Paradoxie führt über den oben eingeführten Begriff der *kooperativen Verantwortung*. Wir können annehmen, dass jeder einzelne Wähler der NSDAP Anfang der 30er Jahre seinen Wahlakt als individuellen Beitrag zu einer kollektiven Handlung



aller Wähler der NSDAP ansah, der wiederum die NSDAP in die Regierungsverantwortung bringen sollte. Es gab eine – so können wir annehmen – gemeinsame Intention, die alle Wähler der NSDAP einte und die ihre Verantwortung im Sinne des kooperativen Verantwortungsbegriffs nicht an die kausalen Folgen des individuellen Wahlakts, sondern an die kausalen Folgen der intendierten kollektiven Handlung bindet. Die Verantwortung der NS-Wählerschaft ist also in Wirklichkeit die Verantwortung jedes einzelnen NS-Wählers und diese ist von den kausalen Folgen seines Wahlaktes unabhängig, da dieser einzelne Wahlakt als kooperativer Beitrag zu einer kollektiven Handlung verstanden werden kann. Diese kollektive Handlung ist nichts anderes als die Summe der individuellen Handlungen, kann also streng individualistisch verstanden werden. Wir müssen die Wählerschaft als solche, nicht als kollektiven Akteur konzipieren. Der Begriff der kooperativen Verantwortung erlaubt es, diesen Typus der politischen Verantwortung ohne Mystifizierungen adäquat zu erfassen.

Betrachten wir nun einen zweiten Fall politischer Verantwortlichkeit. Auch dieser schreibt zunächst einem Kollektiv politische Verantwortung zu, mit dem Unterschied, dass dieses Kollektiv als Institution etabliert ist: die politische Verantwortung eines Ministeriums. Im Gegensatz zum ersten Fall macht es Sinn von Entscheidungen des Ministeriums zu sprechen – es macht wenig Sinn von einer Entscheidung der Wählerschaft zu sprechen. Der Unterschied beruht darauf, dass ein Ministerium aufgrund der etablierten Regeln und Normen als solches entscheidungsfähig ist. Es steht konventionell und juridisch fest, was als eine solche Entscheidung anzusehen ist. Die juridische Sprache behilft sich mit dem Begriff der *juristischen Person*, um diesem Phänomen gerecht zu werden. Allerdings gibt es viele kollektive Akteure, die keine juristischen Personen sind. Der Akteur-Status geht über den Begriff der juristischen Person hinaus.

Während der so genannte methodologische Individualismus in den Sozialwissenschaften nicht aufrechtzuerhalten ist, scheint mir ein ontologischer Individualismus unverzichtbar zu sein. Es sind immer reale, individuelle Personen, die im genuinen Sinne handeln. Alles andere sind normative Konstruktionen, die Quasi-Akteure etablieren, deren Handeln auf dasjenige realer Akteure zurückgeführt werden kann. Diese Zurückführung erfolgt über das

institutionelle Normengefüge, das diesen kollektiven Akteur konstituiert.

Wie sieht es konkret im Falle der Verantwortung eines Ministeriums aus? Der Kunstgriff, der es erlaubt, politische Verantwortung zuzuschreiben, besteht in einer Fiktion, nämlich der, dass es eine reale Person – den betreffenden Minister – gibt, die alle Entscheidungen des Ministeriums in letzter Instanz verantwortet. Formell kommt das dadurch zum Ausdruck, dass Schreiben, die Entscheidungen des Ministeriums mitteilen, entweder vom Minister selbst gezeichnet werden oder von einem Vertreter (einem Staatssekretär), dann mit dem Zusatz »i. V.«, oder durch einen Ministerialen, der jedoch durch den Zusatz »i. A.« (»im Auftrag«) deutlich macht, dass er nicht als Person die Verantwortung trägt, sondern im Auftrag und das heißt, in Verantwortung seines obersten Dienstvorgesetzten, des Ministers, entschieden hat. Wichtigere Entscheidungsprozesse gehen daher immer den vollständigen Weg von der untersten Ebene, dem zuständigen Fachgebiet oder dem zuständigen Referenten, über das betreffende Referat, die Abteilung, über den Gruppenleiter bis zum Minister, das heißt vom Weisungsunterstellten zum jeweils Weisungsbefugten hinauf bis zur obersten Ebene und von dort wieder auf die unterste Ebene des fachlich oder thematisch Zuständigen. Die Fiktion besagt, dass es sich dabei jeweils um einen Entwurf handelt, also einen Entscheidungsvorschlag, der dann über die verschiedenen Hierarchieebenen hinweg überprüft, gegebenenfalls zur Überarbeitung oder mit konkreten Weisungen zurückgegeben wird, bei Zustimmung auf die nächsthöhere Ebene weitergeleitet wird. Derjenige, der einen Vorschlag macht, trägt dafür, dass er diesen Vorschlag und keinen anderen gemacht hat, die Verantwortung, aber nicht für die letztliche Entscheidung des Ministeriums. Diese Verantwortung trägt lediglich der Minister selbst bzw. sein Stellvertreter. Fiktion ist dies deswegen, weil die reale, je individuelle Entscheidung des Ministers voraussetzt, dass er alle Entscheidungsvorlagen dieser Art sachlich beurteilen kann. Seine Verantwortlichkeit muss sich daher in indirekter oder sogar metaphorischer Form realisieren. Indirekt, weil er sich auf den Sachverstand und die Urteilkraft seiner engsten Mitarbeiter, aber auch der leitenden Beamten im Hause verlässt, aber sich grundsätzlich immer auch von dem einen oder anderen Mitarbeiter, dem er diese Kompetenz nicht zutraut, trennen kann. Dass die realen

Spielräume dafür gering sind, wissen die Praktiker der Politik und der öffentlichen Verwaltungen natürlich genau. In vielen Fällen ist diese Verantwortung aber auch lediglich eine metaphorische, die sich etwa in der Abzeichnung von Vorlagen niederschlägt, die mangels allgemeinpolitischer Bedeutsamkeit keiner diffizilen Prüfung unterworfen werden, die aber für den betroffenen Einzelnen dennoch von großer Relevanz sein können. Die Verlagerung auf Schreiben »im Auftrag« bringt diese metaphorische Verantwortung des Ministers zum Ausdruck. Wenn nun in einem solchen System der Entscheidungsfindung Fehler passieren, dann macht es Sinn zwischen einer *politischen* und einer *persönlichen Verantwortung* zu scheiden. Hier steht »politisch« nicht nur für die Kriterien der Beurteilung, sondern auch dafür, dass die demokratische Ordnung individuelle Verantwortung zuschreiben muss, um öffentliche Kontrolle zu ermöglichen. Die in der Tat wohldefinierten Entscheidungen eines Ministeriums werden – weitgehend fiktional – zu Entscheidungen des Ministers, für die er politisch die Verantwortung trägt – auch dann, wenn man ihm zubilligen muss, dass er angesichts von Dutzenden, ja in manchen Fällen Hunderten von Einzelsvorgängen täglich eine Einzelfallkontrolle nicht leisten kann. »Ich übernehme dafür die politische Verantwortung«, heißt daher in solchen Fällen nicht lediglich, dass die Kriterien der Verantwortungswahrnehmung politische sind, sondern kann auch heißen, dass ein persönliches Fehlverhalten zwar nicht vorliegt, aber dass die Fiktion der Identität der Entscheidungen des Ministeriums und des Ministers zum Wohle der öffentlichen Kontrolle aufrechterhalten werden muss und daher etwa ein Rücktritt unvermeidlich ist. Der Terminus »politische Verantwortung« bekommt hier eine Ambivalenz, die nicht unproblematisch ist, die aber aufgeklärt werden kann und dann eine adäquate Trennung ethischer und persönlicher Verantwortung einerseits (die natürlich auch im Falle eines Ministers politischen Kriterien untersteht) und einer im Wortsinne figurativen Verantwortlichkeit andererseits, die im Falle des Versagens kein persönlich-ethisches Versagen impliziert, beinhaltet.